



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss
Gebäudewirtschaft**

Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 22443

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 06.03.2018

Niederschrift

über die **29. Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 29.01.2018, 15:06 Uhr bis 16:45 Uhr (öffentlicher Teil) und 16:52 Uhr bis 17:02 Uhr (nichtöffentlicher Teil), Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerhard Brust	GRÜNE	Stellvertretender Vorsitzender
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD	
Herr Jürgen Kircher	SPD	
Frau Erika Oedingen	SPD	
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU	
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE	
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ira Sommer	CDU	in Vertretung für RM Dr. Schoser
Herr Horst Thelen	GRÜNE	in Vertretung für SB Klemm

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD	
Herr Werner Eggert		auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Ahmet Altinova	KL	
Herr Bernd Tillmann-Gehrken		Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Rudolf Reiferscheid	SPD	
Herr Lutz Tempel	SPD	
Herr Efsan Kara	CDU	
Frau Lisa Schopp		auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Wolfgang Strowitzki		
Herr Andreas Michalak	FDP	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome	i. V. für das Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Frau Angelika Döpfer	Amt für Schulentwicklung
Herr Markus Gerhards	Gebäudewirtschaft
Frau Anja Graul	Gebäudewirtschaft
Herr Norbert Hahn	Gebäudewirtschaft
Frau Susanne John	Gebäudewirtschaft
Herr Michael Nawroth	Gebäudewirtschaft
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Herr Bernd Rosenberger	Gebäudewirtschaft
Frau Astrid Schüßler	Gebäudewirtschaft

Schriftführerin

Frau Simone Weber	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
-------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Martin Schoser	CDU	Ausschussvorsitzender
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	

Beratende Mitglieder

Herr Nikolai Dahlmanns	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Kuschewski	auf Vorschlag der CDU

Stellvertretender Vorsitzender Brust eröffnet die 29. Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft, begrüßt die Anwesenden und informiert, dass er in Absprache mit dem Vorsitzenden Dr. Schoser die Leitung der heutigen Sitzung übernehmen wird, da Herr Dr. Schoser verhindert ist.

Weiterhin macht der stv. Vorsitzende auf folgende Zusetzungen zur Tagesordnung aufmerksam.

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.01.2018 betr. "Sachstand zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft"
AN/0137/2018
- *zugesetzt* -

- 2.1 gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Ratsgruppe GUT vom 19.01.2018 betr. "Erweiterung des Toilettensanierungsprogramms für Schulen"
AN/0102/2018
- *zugesezt* -
- 7.7 Zeitraster verschiedener Baumaßnahmen/Bauvorhaben im Kulturbereich
3883/2017
- *zugesezt* -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss für einen Rahmenvertrag über Dienstleistungen im Bereich Anwenderintegration SAP
0100/2018
- *zugesezt* -
- Tischvorlage -
- 15.1 Sachstandsbericht zur Abwicklung von Sachverständigen-Prüfungen für Lüftungsanlagen in Bildungsbauten bei 26 - Gebäudewirtschaft (zu 1705/2017, TOP 13.1 vom 06.07.2017)
0171/2018
- *zugesezt* -
- 15.2 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte; hier: Vergaberüge
0338/2018
- *zugesezt* -
-Tischvorlage –

Herr Brust informiert ferner, dass zu den Vorlagen aus dem Bereich der Schulverwaltung Frau Döpfer vom Amt für Schulentwicklung anwesend ist.
Zu TOP 7.5 ist eine etwa 10minütige Präsentation durch die Verwaltung vorgesehen.
Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.01.2018 betr. "Sachstand zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft"
AN/0137/2018
- *zugesezt* -

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Ratsgruppe GUT vom 19.01.2018 betr. "Erweiterung des Toilettensanierungsprogramms für Schulen"
AN/0102/2018
- zugesetzt -

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

- 5.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln
2628/2017
- die Vorlage wurde mit Schreiben vom 17.01.2018 an alle Ausschussmitglieder übersandt; bitte halten Sie die Unterlage bereit -

- 5.2 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze
3518/2017
- die Vorlage wurde mit Schreiben vom 18.01.2018 an alle Ausschussmitglieder übersandt; bitte halten Sie die Unterlage bereit -

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 06.11.2017 betr. „Berücksichtigung der Kontroll- und Entscheidungsrechte des Rates durch die Gebäudewirtschaft“ – AN/1564/2017, TOP 1.1
3485/2017

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Statusbericht Zentralbibliothek - Stand November 2017
3888/2017
- 7.2 BAN Baufeld A Hansa-Gymnasium - Sachstand zu Verzögerungen
3887/2017

- 7.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3
0001/2018
- 7.4 Wiedereinführung des G9-Bildungsgangs an Gymnasien - Informationen zum
geplanten Schulrechtsänderungsgesetz und zur Umsetzung in Köln
0014/2018
- 7.5 Durchführung einer Fachqualifizierungsreihe zum „Bauprojektmanagement“
für Mitarbeitende der Gebäudewirtschaft
0128/2018
- 7.6 Allgemeiner (baulicher) Zustand der Schulen im Bezirk Rodenkirchen - zu
AN/1829/2017
0173/2018
- 7.7 Zeitraster verschiedener Baumaßnahmen/Bauvorhaben im Kulturbereich
3883/2017
- *zugesetzt* -

8 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)**
 - 12.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss für einen Rahmenvertrag über Dienstleistungen im Bereich Anwenderintegration SAP
0100/2018
- *zugesetzt* -
- ***Tischvorlage*** -
 - 15.2 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte; hier: Vergaberüge
0338/2018
- *Tischvorlage* -

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

15.1 Sachstandsbericht zur Abwicklung von Sachverständigen-Prüfungen für Lüftungsanlagen in Bildungsbauten bei 26 - Gebäudewirtschaft (zu 1705/2017, TOP 13.1 vom 06.07.2017)
0171/2018
- zugesetzt -

15.2 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte; hier: Vergaberüge
0338/2018
- zugesetzt -
-Tischvorlage -

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

**1.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.01.2018 betr. "Sachstand zur Stärkung und Optimierung der Gebäudewirtschaft"
AN/0137/2018**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor, die Angelegenheit wird daher bis zur nächsten Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft zurückgestellt.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und der Ratsgruppe GUT vom 19.01.2018 betr. "Erweiterung des Toilettensanierungsprogramms für Schulen" AN/0102/2018

RM Thelen begründet den gemeinsamen Antrag mündlich. Dabei stellt er heraus, dass die Schulen ein Konzept zur nachhaltigen Sicherung und die Gebäudewirtschaft eine Reihenfolge vorlegen müssten. Stellvertretender Vorsitzender Brust ergänzt, dass es um finanzielle Mittel gehe, die im Haushalt zusätzlich bereitgestellt worden seien und nun nach Priorität eingesetzt werden sollen.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, dankt zunächst für die bereitgestellten Mittel und erklärt des Weiteren, dass die Gebäudewirtschaft dem Amt für Schulentwicklung eine Liste der infrage kommenden Toilettenanlagen zur Verfügung gestellt habe. Von Seiten der Schulen müssten nun Bewirtschaftungskonzepte erstellt werden. Dies werde nun in einer gemeinsamen Liste geführt und könne dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und dem Ausschuss Schule und Weiterbildung vorgelegt werden.

RM Henk-Hollstein stellt klar, dass mit dem Antrag nicht nur Standorte gemeint seien, für die es bereits eine entsprechende Konzeption gebe, sondern auch diejenigen, die stark sanierungsbedürftig seien, bei denen es jedoch noch keine Konzeption gebe; diese Schulen sollen aufgefordert werden, kurzfristig für eine entsprechende Konzeption zu sorgen, damit sie auch berücksichtigungsfähig werden.

RM Halberstadt-Kausch erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zu dem vorliegenden Antrag, macht dabei jedoch gleichzeitig deutlich, dass hiermit nicht das Thema einer generell erforderlichen häufigeren Toilettenreinigung an Kölner Schulen erledigt sei. Auch sanierte Toilettenanlagen würden auf Dauer nur in Ordnung gehalten, wenn sie regelmäßig gereinigt werden. Da die Schulen – und ihre Toilettenanlagen – heute sehr viel stärker genutzt werden als früher, müsste entsprechend auch die Reinigungshäufigkeit angepasst werden.

Stellvertretender Brust macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Thema Reinigung nicht um eine Angelegenheit des hiesigen Gremiums handele. Dennoch stellt Herr Brust Einigkeit fest, was den Wunsch nach häufigerer Reinigung an verschiedenen Schulen anbelange. Dabei sei jede Schule individuell zu betrachten, da es zum Teil bereits Schulen mit zusätzlichen Reinigungskräften gebe. Diesbezüglich müsse das Amt für Schulentwicklung einen Vorschlag zu Schulstandort und Umfang unterbreiten.

RM Thelen greift dies auf und verdeutlicht seine Auffassung, dass eine gerechte Abwägung erfolgen müsse. Dabei sei die Unterschiedlichkeit der Nutzung zu beachten und die Tatsache positiv bzw. „belohnend“ zu berücksichtigen, dass an vielen Standorten schon die Schulen selber dafür gesorgt haben, dass zusätzliche Reinigungskräfte eingesetzt werden bzw. dies durch die Eltern finanziert werde. Insofern spreche er sich gegen ein „Gießkannenprinzip“ aus.

RM Kockerbeck erklärt Zustimmung zum Antrag und merkt darüber hinaus an, dass die Schulverwaltung mit Blick auf die hohe Anzahl an Ganztagschulen selber im Rahmen einer Mitteilung den Bedarf für eine zweimalige tägliche Reinigung an Schulen festgestellt habe.

Stellvertretender Vorsitzender Brust weist darauf hin, dass die Inneren Dienste, welche die Reinigungsfirmen beauftragen, in der Lage sein müssten, kurzfristig eine (Mängel-)Liste zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Programm zur Sanierungen der Toilettenanlagen in Schulen und Sporthallen um die zusätzlichen Mittel in Höhe von 1,4 Millionen Euro aus dem Haushaltsplan 2018 zu ergänzen.

Es handelt sich um eine Mittelzuführung aus dem HPL zum Wirtschaftsplan 2018 der Gebäudewirtschaft gem. Beschluss AN/1515/2017 vom 13.10.2017.

In die Erweiterung des Programms sollen Schultoilettenanlagen einbezogen werden, die nicht im ursprünglichen Sanierungsprogramm (Ratsbeschluss vom 10.09.2009 – Vorlage 5788/2009) genannt wurden, aktuell einer Instandsetzung bedürfen und deren Schulen bereits ein entsprechendes Reinigungs- und Unterhaltungskonzept erarbeitet haben.

Der Schulausschuss und der Finanzausschuss sind über die Beschlussfassung nachrichtlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft)

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder andere Ausschüsse)

5.1 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die GGS Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln 2628/2017

RM Henk-Hollstein verweist auf die Erörterung im Schulausschuss und darauf, dass es für diese Maßnahme keine Priorisierung gebe. Sie bittet die Verwaltung um Auskunft, ob eine Priorisierung vorgesehen werde, oder ob dieses Projekt zunächst einmal „auf den großen Stapel“ komme.

Stv. Vorsitzender Brust nimmt Bezug auf die 2016 vorgelegte lange Liste der vorgesehenen Schulbaumaßnahmen. Da inzwischen zwei Jahre vergangen sind, müsste diese Liste seines Erachtens einmal aktualisiert werden. Die Schulpartie müsste eine Reihenfolge festlegen, in welcher die Gebäudewirtschaft diese Liste abarbeiten soll. Vorrang müssten dabei diejenigen Projekte haben, die neue Schulplätze schaffen.

Frau Döpfer, Vertreterin des Amtes für Schulentwicklung, bestätigt, dass vordringlich Schulplätze erhalten bzw. geschaffen werden müssen. Dabei sei dennoch der Bedarf an anderen Dingen nicht zu ignorieren. Bislang sei eine Priorisierung in dieser Form durch die Schulpartie abgelehnt worden.

Stv. Vorsitzender Brust verdeutlicht, dass die Politik dennoch eine Priorisierung immer wieder gefordert habe. Er bittet Frau Döpfer, dieses Thema nochmals mitzunehmen.

RM Halberstadt-Kausch macht auf die als Anlage beigefügte Begründung der Dringlichkeit aufmerksam, wonach die Baugenehmigung für die Container auslaufe und demnach zügig mit dem Bau des Neubaus begonnen werden müsse. Vor diesem Hintergrund gehe sie davon aus, dass eine entsprechende Priorisierung bei dieser Maßnahme gegeben sei.

Stv. Vorsitzender Brust verdeutlicht, dass an vielen Stellen Dringlichkeit gegeben, aber dennoch begrenzt Personal vorhanden sei.

Nach Einschätzung von RM Henk-Hollstein kann der hier angeführte Grund keine tatsächliche Dringlichkeit begründen, da das Auslaufen der Genehmigung der Verwaltung schon länger habe bekannt sein müssen. Zudem betreffe dies auch weitere Standorte. Eine Priorisierung durch die Verwaltung erfolge dennoch offenbar nicht.

Auf Nachfragen von Herrn Brust und SE Schopp beschreibt Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, anhand eines Luftbildes, wo der Erweiterungsbau auf dem Grundstück untergebracht werden könnte.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Gemeinschaftsgrundschule Kopernikusstr. 40-42, 51065 Köln-Buchforst, zur Erfüllung des Raumprogramms für eine 4-zügige Grundschule inkl. Mensa.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Anlage beigefügte Raumprogramm zu Grunde gelegt (Anlage 1). Dabei sind entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen zulässig.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten gemäß vorläufiger Kostenschätzungen bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI, werden im Haushaltsjahr 2018 i. H. v. 54.912,25 € ergebniswirksam. Die Mittel i. H. v. 54.912,25 € sind im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzelle 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereits veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Beschaffung und Aufstellung von Containereinheiten zur kurzfristigen Schaffung dringend notwendiger, zusätzlicher Schülerplätze 3518/2017

RM Thelen informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung bekannt geworden sei, dass das Amt für Schulentwicklung der Gebäudewirtschaft offenbar zu spät den Bedarf signalisiert habe. Er bittet die Schulpartie nochmals eindringlich darum, künftig bestehende Bedarfe rechtzeitig bekannt zu geben.

RM Henk-Hollstein greift dies auf und kündigt namens ihrer Fraktion für die nächste Sitzung des Schulausschusses eine Initiative bzw. einen Antrag an. Hiernach soll auf Grundlage eines seitens der Schulverwaltung zu definierenden Bedarfes für die

nächsten drei Schuljahre ein Abrufauftrag erteilt werden. Frau Henk-Hollstein wirbt bereits jetzt darum, dieser Initiative beizutreten.

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich Containereinheiten zur Bildung von 21 Klassenräumen, 2 naturwissenschaftlichen Klassenräumen sowie einer Mensa, einer Küche, einem Personalraum sowie 2 Toilettenanlagen im Rahmen einer freihändigen Vergabe zu beschaffen und an 8 Standorten (s. Anlage 1) zur Nutzung als Vorbereitungsklassen, zur Mehrklassenbildung oder als Interim aufzustellen.

Die Finanzierung der Containerbereitstellung erfolgt über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Zur Refinanzierung ist im städtischen Haushalt eine zusätzliche Miete (Flächenverrechnungspreis) ab 2019 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen, die sich für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung auf rund 262.000 € p.a. beläuft. Die anteilig für das Jahr 2018 zu entrichtende Miete beträgt für die Containeranlagen inklusive Nebenkosten und Reinigung rd. 87.000 €. Sie ist im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand veranschlagt.

Die Finanzierung der Einrichtungskosten in Höhe von einmalig ca. 968.000 € brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2018. Der investive Anteil in Höhe von ca. 617.600 € sowie der konsumtive Anteil in Höhe von 350.400 € werden im Teilplan 0301, Schulträgeraufgaben, aus Mitteln des Förderprogramms Gute Schule 2020 finanziert.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Teil des Grundstückes am Venloer Wall, auf dem die mobilen Unterrichtseinheiten für den schulischen Teilstandort Amaro-Kher errichtet werden, noch vom allgemeinen Liegenschaftsvermögen in das Sondervermögen der Gebäudewirtschaft übertragen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus der Sitzung des Betriebsausschusses Gebäudewirtschaft am 06.11.2017 betr. „Berücksichtigung der Kontroll- und Entscheidungsrechte des Rates durch die Gebäudewirtschaft“ – AN/1564/2017, TOP 1.1 3485/2017

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

RM Kockerbeck dankt zunächst für die vorliegende Antwort, zu welcher er jedoch weitere Nachfragen ankündigt, die er sodann mündlich vorträgt und schriftlich zu Protokoll gibt. Die Verwaltung beantwortet die Nachfragen zur Niederschrift (> siehe Anlage 1).

Des Weiteren kommentiert Herr Kockerbeck die Verwaltungsantwort dahingehend, dass es in der Angelegenheit nicht nur um Regularien gehe, sondern auch um erheb-

liche Geldbeträge. Die vorliegende Antwort gebe immer noch keinen Aufschluss darüber, wie es zu der Regelverletzung kommen konnte und wer verantwortlich ist. Herr Kockerbeck kritisiert, dass der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft über die Vorkommnisse nicht direkt sondern über die Presse informiert worden sei. Diese „Verschleppung“ zeige keine Wertschätzung dieses Gremiums und auch bis heute sei noch ungeklärt, wer damals nicht den Betriebsausschuss, aber die Presse informierte.

Stv. Vorsitzender Brust gibt einlenkend zu Bedenken, dass kein finanzieller Schaden für die Stadt entstanden sei. Allerdings seien Formfehler begangen worden. Dabei sei jedoch davon auszugehen, dass all diese Anmietungen aufgrund ihrer Notwendigkeiten die politischen Zustimmungen erhalten hätten.

Für SE Tempel erscheint die Aussage in Bezug auf einen nicht entstandenen finanziellen Schaden nicht belegbar.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Statusbericht Zentralbibliothek - Stand November 2017 3888/2017

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

SB Kirchmeyer bringt ihren Unmut über die vorliegende Mitteilung und die Presseberichterstattung, wonach die Kosten sich angeblich bereits jetzt über 50 Mio. Euro belaufen sollen, zum Ausdruck. Sie bedauert außerordentlich, dass seinerzeit der Beschluss zugunsten einer Sanierung anstelle eines Neubaus, welcher damals mit Kosten i. H. v. von rd. 59 Mio. Euro veranschlagt worden sei, erfolgte. Zudem greift sie die offenbar von Projekt zu Projekt variierenden Risikopauschalen bei Bestandssanierungen auf und fordert eine Vereinheitlichung ein.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, informiert zunächst, dass sich die geplante Baubeschlussvorlage noch in der verwaltungsinternen Abstimmung befinde. In dieser würden auch die aktuellen Kosten benannt. Frau Rinnenburger erläutert weiterhin die Beschlussgeschichte – auch mit Blick auf die Risikozuschläge. Diese lägen grundsätzlich gemäß Ratsbeschluss bei 10%. Abweichend hiervon würden bei dem hiesigen Projekt 20-25% Risikozuschlag vorgeschlagen.

RM Halberstadt-Kausch macht auf die Problematiken und Unwägbarkeiten bei Sanierungen im Bestand aufmerksam. Dass die Sanierung im Nachhinein vermutlich teurer werden würde als ein Neubau, hätte theoretisch allen Beteiligten schon im Vorfeld klar sein müssen. Insofern sollte zukünftig darauf geachtet werden, von vornherein sehr hohe Risikozuschläge bei Sanierungen einzurechnen.

SE Tempel greift den „Steuerterminplan“ auf und stellt fest, dass dieser Terminplan lediglich in die Vergangenheit blicke und einen Hinweis auf die Zukunft vermissen lasse, es fehle ein „angepasstes Soll“. Zudem sei nicht nachvollziehbar, warum die LPH 8 -gem. Plan- unmittelbar nach Beginn der LPH 7 bzw. nach LPH 6 beginnt.

SB Kirchmeyer fragt nach, ob es nicht doch ermöglicht werden könne, dass der im Gebäude ganz oben benötigte Raum woanders hin verlegt wird, um auf die Feuertreppe verzichten zu können.

Frau Rinnenburger macht darauf aufmerksam, dass der zur Rede stehende Projektstatusbericht von November 2017 datiert ist und bringt ihr Bedauern zum Ausdruck, dass es nicht gelungen sei, heute die Baubeschlussvorlage vorzulegen. Zum Thema

„Neubau versus Instandsetzung“ erinnert Frau Rinnenburger an die wichtige Vorgabe einer sehr zentralen Lage für die Zentralbibliothek. Andere infrage kommende innerstädtische Flächen seien aufgrund weiterer Vorgaben ausgeschlossen worden. Insofern hätte kaum eine andere Entscheidung getroffen werden können.

7.2 BAN Baufeld A Hansa-Gymnasium - Sachstand zu Verzögerungen 3887/2017

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis. Auf Nachfrage von RM Thelen informiert Herr Gerhards, Vertreter der Gebäudewirtschaft, dass die Verträge Regressforderungen nicht vorsehen.

7.3 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0001/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis. RM Henk-Hollstein stellt fest, dass sich in den regelmäßig vorgelegten Berichten wenig Veränderungen erkennen lassen. Sie bittet um Auskunft, wer an den Sitzungen des Aktionsbündnisses teilnimmt, wer sie leitet, und ob auch die gelegentliche – passive - Teilnahme von Vertretern aus den Fraktionen denkbar wäre.

Frau Döpfer, Vertreterin des Amtes für Schulentwicklung, informiert, dass das Aktionsbündnis von der Beigeordneten Dr. Klein ins Leben gerufen wurde. Das Bündnis bestehe aus Vertretern der Dienststellen – in der Regel nicht die Amtsleiter-, die mit „Schulbaumaßnahmen“ zu tun haben (Gebäudewirtschaft, Amt für Schulentwicklung, Kämmerei, Bauaufsicht, Stadtplanungsamt, Grünflächenamt, Umweltamt). Das Anliegen von RM Henk-Hollstein hinsichtlich einer Teilnahme an den Sitzungen des Aktionsbündnisses nehme sie gerne mit.

RM Halberstadt-Kausch erachtet es als sinnvoll, dass sich die Vertreter der betreffenden Dienststellen zusammensetzen, da dies zu einer Beschleunigung der Verfahren führen könne.

Unter Bezugnahme auf Anlage 5 zur Mitteilung stellt SE Schopp fest, dass der Betriebsausschuss ihres Wissens bislang nicht über die dort beschriebene Verzögerung beim Schulneubau Heliosgelände informiert wurde. Sie bittet die Verwaltung, die Gründe für die Verzögerung darzulegen.

RM Thelen fragt nach Neuigkeiten zum Thema „Beschleunigungsmaßnahmen, GU/TU“.

Die Frage von SE Schopp aufgreifend erklärt Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, dass das in der Mitteilung genannte Datum bereits seit dem Architektenwettbewerb seitens der Gebäudewirtschaft kommuniziert worden sei.

Auf Nachfrage von RM Kockerbeck nach dem aktuellen Stand zur Errichtung einer Mensa an der Nebenstelle Dellbrücker Mauspfad der Willy-Brandt-Gesamtschule (Anlage 6), berichtet Herr Gerhards, Vertreter der Gebäudewirtschaft, einleitend, dass bei der ausführenden Firma Hochtief der Projektleiter gewechselt habe. Nachdem die

Firma Hochtief zunächst eine Verzögerung der ursprünglich für die Osterferien avisierten Fertigstellung bis Ende 2018 in Aussicht gestellt habe, seien durch Intervention der Gebäudewirtschaft nunmehr die Sommerferien 2018 als Fertigstellungstermin vertraglich festgelegt worden.

7.4 Wiedereinführung des G9-Bildungsgangs an Gymnasien - Informationen zum geplanten Schulrechtsänderungsgesetz und zur Umsetzung in Köln 0014/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Stellvertretender Vorsitzender Brust fragt nach, inwieweit die lange Liste der Schulbaumaßnahmen aufgrund der Wiedereinführung des G9-Bildungsganges mit Blick auf notwendige Umplanungen überarbeitet werden müsse.

Frau Döpfer, Vertreterin des Amtes für Schulentwicklung, informiert, dass G9 per Gesetz zunächst einmal verpflichtend sei, es sei denn, die Schulkonferenz entscheide sich, bei G8 zu bleiben. Eine entsprechende Abfrage bei den Schulen sei erfolgt und es werde geprüft, wie mit dem zusätzlichen Bedarf umgegangen werde. Bei Schulen, wo die Planungen noch nicht soweit fortgeschritten sind, würden die Planungen entsprechend angepasst. An Gymnasien, wo die Planungen bereits zu weit fortgeschritten seien, müssten die Schulen mit anderen Maßnahmen wie z. B. Anpassung der Zügigkeit reagieren.

RM Halberstadt-Kausch spricht das verschärfte Raum- bzw. Platzproblem im Zusammenhang mit dem Bau neuer Schulen an und appelliert an ihre politischen Kollegen, sich grundsätzlich mit der Prioritätensetzung bei dem Thema Schulbau/Standorte für neue Schulen gegenüber anderen Themen wie z. B. Erhaltung von Grün auseinanderzusetzen.

RM Thelen erachtet es als notwendig, einen Plan B bereitzuhalten. So könnte zum Beispiel über nicht genutzte Bereiche von Verwaltungsgebäuden nachgedacht werden. Im Bezirksrathaus Nippes stehe ein größerer Bereich seit über zehn Jahren leer. Aus seiner Sicht müsse eine Schule nicht nur an einem Ort sein, sondern könne in Teilen ausgelagert werden.

RM Kircher zeigt sein Unverständnis darüber, dass die alte Hauptschule in Worringen nicht mehr als Schule genutzt, sondern an RTL II vermietet werde bzw. ansonsten leer stehe und verrotte. Über diesen Standort als Schulstandort sei dringend nachzudenken. Es sei bereits skandalös gewesen, dass die Schule bzw. die Sporthalle durch RTL II genutzt wurde, sodass seinerzeit für Flüchtlinge Container haben aufgestellt werden müssen. Früher habe die gut an den ÖPNV angebundene Schule 450 Schüler aufgenommen.

Stellvertretender Vorsitzender Brust bittet die Schulpartie darum, über diese Anregung nachzudenken.

7.5 Durchführung einer Fachqualifizierungsreihe zum „Bauprojektmanagement“ für Mitarbeitende der Gebäudewirtschaft 0128/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau John und Frau Graul, Vertreterinnen der Gebäudewirtschaft, stellen das erarbeitete Konzept zur Personalgewinnung und –entwicklung bei der Gebäudewirtschaft anhand einer Beamer-Präsentation vor und beantworten anschließend Nachfragen.

Dabei wird herausgestellt, dass die Verträge keine Klauseln enthalten, welche die Mitarbeiter nach der Teilnahme an den Qualifizierungsmaßnahmen davon abhalten sollen, die Stadt Köln als Arbeitgeberin zu verlassen. Frau Rinnenburger, Geschäftsfüh-

rende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, nimmt eine entsprechende Anregung von SE Kara zwecks Prüfung auf. SE Tempel gibt jedoch zu Bedenken, dass solche Klauseln ggf. die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin schmälern könnten.

RM Kircher zeigt sich überzeugt, dass die vorgestellten Maßnahmen eine Qualifizierung und Verbesserung mit sich bringen. Weiterhin verleiht er seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Mitarbeiter, welche die Maßnahmen durchziehen, eine entsprechende Anpassung ihrer Entgeltgruppe erzielen werden.

Auf Nachfrage von SE Strowitzki wird mitgeteilt, dass grundsätzlich ein Architekt mit Bachelorabschluss mit der Entgeltgruppe EG 10 starte, ein Master könne – in Abhängigkeit von der Berufserfahrung - mit der EG 13 starten. Nach fünf Jahren sei der Bachelor in der EG 10 Stufe 3, er könne sich aber zwischenzeitlich auch auf höherbewertete (EG 11 bzw. EG 12) Stellen bewerben. Ein Master könne sich bis zur EG 14 bewerben, EG 15-Stellen seien relativ selten bei der Gebäudewirtschaft.

Frau Rinnenburger verweist auf die Freigabe aus dem vergangenen Jahr, Stellen in der EG 10-12 auszuschreiben. Dieses Verfahren werde praktiziert, dabei werde nicht zwischen Bachelor und Master differenziert, sondern nach Berufserfahrung unterschieden.

Ergänzend zu diesen Informationen wurde zugesagt vorzustellen, welche Rahmenbedingungen eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst und insbesondere bei der Gebäudewirtschaft im Vergleich zum freien Markt auszeichnet.

Hinweis: diese weitergehenden Informationen erfolgten unter der Vorlagen-Nr. 0544/2018

zur Sitzung am 12.03.2018.

7.6 Allgemeiner (baulicher) Zustand der Schulen im Bezirk Rodenkirchen - zu AN/1829/2017 0173/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.7 Zeitraster verschiedener Baumaßnahmen/Bauvorhaben im Kulturbereich 3883/2017

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Mündliche Anfrage von RM Henk-Hollstein betr. "Abwicklung Gute Schule 2020"

RM Henk-Hollstein bittet um Auskunft, welche Maßnahmen des Programms Gute Schule 2020 nach dem ersten Jahr realisiert bzw. ob die Mittel planmäßig verausgabt worden sind. Darüber hinaus fragt sie an, wie die Planungen für die nächsten drei Jahre aussehen und wie die finanzielle Abwicklung erfolgt.

Die Antworten der Verwaltung erfolgen schriftlich.

Hinweis: ein Sachstandsbericht zur Umsetzung des Landesförderprogramms "Gute Schule 2020" erfolgte unter der Vorlagen-Nr. 0423/2018 zur Sitzung am 12.03.2018.

8.2 Mündliche Anfrage von RM Halberstadt-Kausch betr. "Bootshaus der Kanusportfreunde Köln"

RM Halberstadt-Kausch bittet die Gebäudewirtschaft unter Bezugnahme auf das Bootshaus der Kanusportfreunde Köln um Informationen zum aktuellen Sachstand hinsichtlich der Umbauarbeiten an der Sportstätte.

Das in der Deutzer Brücke (rechtsrheinisch) beheimatete Bootshaus des Vereins sei im Jahr 2011 aufgrund von Brückenbauarbeiten geräumt worden – unter der Zusage, bis 2014 zurückkehren zu können. Die Kosten für die Wiederherstellung seien seinerzeit auf ca. 285.000 Euro geschätzt und -bei einer verbleibenden Eigenleistung durch den Verein- vom Rat im Juni 2016 i. H. v. 250.000 Euro genehmigt worden. Der Eigenanteil sei bereits als Darlehen abgerufen worden, wofür heute schon Zinsen gezahlt werden müssen.

Zudem gebe es zwischenzeitlich eine überarbeitete Kalkulation, wonach die Maßnahme ein ganzes Stück teurer werde, was in erster Linie dem zeitlichen Verzug geschuldet sei. Sie fragt nach, wie hiermit umgegangen werde und wann der Verein wieder in die Brücke könne.

Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, informiert, dass es erhebliche Brandschutznachforderungen gebe. Insofern müsse sowohl auf städtischer als auch auf Seite der Kanusportfreunde in Bezug auf die finanzielle Beteiligung nachgebessert werden. Die Stadt stehe hierzu im Kontakt mit dem Verein.

8.3 Mündliche Anfrage von RM Kircher betr. "Schäden durch das Sturmtief Friederike"

Auf Nachfrage von RM Kircher berichtet Frau Rinnenburger, Geschäftsführende Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft, über die durch das Sturmtief Friederike (18.01.2018) entstandenen Schäden an städtischen Gebäuden.

Als Zwischenbilanz beziffert sie die folgenden Schäden:

- 10 von 236 Kindertagesstätten (hier insbesondere Fenster und Türen, die nicht verschlossen waren)
- 48 von 277 Schulen
- 4 von 81 Verwaltungsgebäuden

Besonders stark betroffen gewesen sei die Förderschule Sprachen am Alten Mühlweg in Deutz. Dort seien massiv Verkleidungen der Fluchtbalkone beschädigt worden. Bei vier Sporthallen seien durch den Sturm die Dächer (teil-)abgedeckt worden. Derzeit sei allerdings nur eine Halle nicht nutzbar. Insgesamt habe die Kölner Verwaltung gut funktioniert, insbesondere die Feuerwehr habe unglaublich schnell unterstützt.

Auf Nachfrage des SE Kara bestätigt Frau Rinnenburger, dass es eine interne Handlungsanweisung „bei starkem Wind“ gebe.

8.4 Mündliche Anfrage von RM Oedingen betr. "Schulsanierung Görlinger Zentrum"

RM Oedingen fragt unter Bezugnahme auf die Schulsanierung Görlinger Zentrum in Bocklemünd an, wie lange die Sanierungsmaßnahmen andauern bzw. wann mit einer

Fertigstellung zu rechnen ist. Sie berichtet, dass Eltern aufgrund der unbefriedigenden Situation vor Ort ihre Kinder dort nicht anmelden wollen.

Eine Antwort der Verwaltung erfolgt schriftlich.

8.5 Mündliche Anfrage von SE Tempel betr. "Gemeinschaftsgrundschule Breitenbachstraße/Stresemannstraße"

SE Tempel berichtet, dass die Gemeinschaftsgrundschule Breitenbachstraße inzwischen provisorisch in der Stresemannstraße untergebracht sei. Er fragt nach, wann Abbruch und Neubau beginnen.

Die Antwort der Verwaltung erfolgt schriftlich.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gemeinschaftsgrundschule Breitenbachstraße hat mit Jahresbeginn ihren Betrieb am Auslagerungsstandort Stresemannstraße aufgenommen.

Der Abbruch des Altbaus an der Breitenbachstraße erfolgt seit dem 22.01.2018.

Die Ausführungsplanung, Ausschreibung und Vergabe für den Rohbau wird bis August 2018 erfolgen. Der Baubeginn ist für Oktober 2018 geplant und die Fertigstellung im Oktober 2020.

Nach Freimessungen und den erforderlichen Abnahmen kann das Gebäude dann in Betrieb genommen werden.

8.6 Mündliche Anfrage von RM Brust betr. "Sachstand Rotes Haus"

Auf Nachfrage des stv. Vorsitzenden Brust informiert Herr Rosenberger, stv. Geschäftsführender Betriebsleiter der Gebäudewirtschaft, über den aktuellen Sachstand zum „Roten Haus“ und in diesem Zusammenhang über den in Verhandlung befindlichen Ergänzungsvertrag mit dem Investor bezüglich der Nutzung der sanierungsbedürftigen Treppenanlage.

Der zwischen Investor und KVB zu schließende Vertrag befinde sich ebenfalls auf einem guten Weg.

gez. Gerhard Brust
(stv. Ausschussvorsitzender)

gez. Simone Weber
(Schriftführerin)